

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(15. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Birgit Homburger, Angelika Brunkhorst,
Michael Kauch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/5274 –**

Leistungsfähigkeit der Chemiewirtschaft in Deutschland und Europa erhalten

A. Problem

Kern der aktuellen Chemikalienpolitik auf europäischer Ebene ist die Schaffung eines neuen, einheitlichen sowie zeit- und mengenmäßig abgestuften Systems zur Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien, dem alle Stoffe bis spätestens 2012 unterworfen werden sollen (sog. REACH-System). Nach der Auffassung vieler – vornehmlich kleinerer und mittlerer – Unternehmen in Deutschland und Europa stehe zu befürchten, dass sich mit dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur Chemikalienpolitik deren Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit verschlechtere. Um dieses zu verhindern, soll die Bundesregierung insbesondere dazu aufgefordert werden, einer schlanken, praxistauglichen und unbürokratischen Gestaltung der REACH-Vorgaben besondere Priorität einzuräumen und ein angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis der Regelungen sicherzustellen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/5274 – abzulehnen.

Berlin, den 15. Juni 2005

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker
Vorsitzender

Heinz Schmitt (Landau)
Berichterstatter

Dr. Maria Flachsbarth
Berichterstatterin

Dr. Antje Vogel-Sperl
Berichterstatterin

Birgit Homburger
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Heinz Schmitt (Landau), Dr. Maria Flachsbarth, Dr. Antje Vogel-Sperl und Birgit Homburger

I. Überweisung

Der Antrag – Drucksache 15/5274 – wurde in der 178. Sitzung des Deutschen Bundestages am 2. Juni 2005 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Kern der aktuellen Chemikalienpolitik auf europäischer Ebene ist die Schaffung eines neuen, einheitlichen sowie zeit- und mengenmäßig abgestuften Systems zur Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien, dem alle Stoffe bis spätestens 2012 unterworfen werden sollen (sog. REACH-System). Nach der Auffassung vieler – vornehmlich kleinerer und mittlerer – Unternehmen in Deutschland und Europa stehe zu befürchten, dass sich mit dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur Chemikalienpolitik deren Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit verschlechtere. Um dieses zu verhindern, soll die Bundesregierung insbesondere dazu aufgefordert werden, einer schlanken, praxistauglichen und unbürokratischen Gestaltung der REACH-Vorgaben besondere Priorität einzuräumen und ein angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis der Regelungen sicherzustellen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit**, der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** sowie der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag – Drucksache 15/5274 – abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag – Drucksache 15/5274 – in seiner Sitzung am 15. Juni 2005 beraten.

Die **Fraktion der SPD** entgegnete auf die Forderung der Vorlage nach einem risikobasierten Registrierungsansatz, bereits bisher würden die Kriterien der Stoffmenge und der Gefährlichkeit eines Stoffes miteinander verbunden. Sollten nur solche Stoffe einer Überprüfung unterzogen werden, die ein erhöhtes Risiko aufwiesen, so müsse vorher das Risiko erst erfasst werden. Insgesamt werde die Einführung des REACH-Systems, wie sich in der durchgeführten Anhörung gezeigt habe, von allen Beteiligten als große Chance gesehen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erläuterte, der Antrag enthalte viele wichtige, von ihr selbst immer wieder hervorgehobene Gesichtspunkte und werde daher unterstützt. Im Übrigen verweist sie auf ihren Antrag „REACH als Chance für einen Paradigmenwechsel nutzen – Alternativmethoden statt Tierversuche“ – Drucksache 15/4656.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schloss sich den Ausführungen der SPD-Fraktion an.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, dem risikobasierten Registrierungsansatz sei zu folgen. Bei den Vorauswahlverfahren und den folgenden Untersuchungen könne auf die vielfach bereits vorhandenen gesicherten Erkenntnisse und Daten zurückgegriffen werden. Zu denken sei an Sicherheitsdatenblätter, arbeitsmedizinische Datenblätter sowie Erkenntnisse der Toxikologie und der Pharmakologie.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag – Drucksache 15/5274 – abzulehnen.

Berlin, den 15. Juni 2005

Heinz Schmitt (Landau)
Berichterstatter

Dr. Maria Flachsbarth
Berichterstatteerin

Dr. Antje Vogel-Sperl
Berichterstatteerin

Birgit Homburger
Berichterstatteerin

